Trägerschaft wird übernommen

Grundschule Bodenheim in Kompetenz der Verbandsgemeinde

-m- Bodenheim/Nackenheim. Nach einer zwischen CDU- und SPD-Fraktion heftig geführten Debatte stimmte der Verbandsgemeinderat dem Antrag der Gemeinde Bodenheim auf Beibehaltung der Trägerschaft für die Grundschule nicht zu. Damit geht die Trägerschaft ebenfalls auf die Verbandsgemeinde Bodenheim über.

In einer Erklärung hatte Ratsmitglied Otto Metz (SPD) hervorgehoben, daß der Schulelternbeirat der Grundschule einstimmig die Meinung vertreten habe, die Trägerschaft bei der Ortsgemeinde zu belassen. Der Gemeinderat Bodenheim habe im Juni 1975 ohne Gegenstimmen die Beibehaltung der Grundschule bei der Ortsgemeinde beantragt. Vorausgegangen sei ein gleichlautender einstimmiger Beschluß des Schulausschusses.

Zum Antrag der Gemeinde sei grundsätzlich zu sagen, Bodenheim besitze eine zwei- bis dreizügige Grundschule und werde diese auch behalten. Die Unterhaltung der Grundschule übersteige keineswegs die finanziellen Möglichkeiten. Bodenheim zahle sowieso schon über fünf zig Prozent der Verbandsumlage und sei somit die finanzstärkste Kommune. Man solle nicht nur die Kirche im Ort lassen, sondern auch die Schule. Der CDU warf Otto Metz vor, sie habe keine Eingemeindung zur Stadt Mainz gewollt, um die Selbständigkeit der Ortsgemeinde zu erhalten. Nun betreibe sie den Ausverkauf der Ortsgemeinden. Bei der Abstimmung beantrage die SPD die namentliche Abstimmung. Bei einer eventuellen Ablehnung des Antrages, sollte man wenigstens das Schulgebäude in der Ortsgemeinde belassen.

Ratsmitglied Rudi Hock erwiderte, die Übernahme der Schule auf die Verbandsgemeinde werde von der SPD dramatisiert. Die Qualität der Schule und die Ausbildung ändere sich dadurch nicht. Auch bleibe die Schule im Ort. Die Chancengleichheit sei weiterhin gegeben. Auch im Vereinsleben ändere sich dadurch nichts. Bei einer Herausnahme der Trägerschaft würden die übrigen Gemeinden höher in der Umlage belastet. Dies müsse man bei einer Gleichbehandlung aller Gemeinden im Verband einmal sehen.

Der Rat habe auch zugestimmt, daß Bodenheim künftig alle Industrie bekomme, deshalb sei die Gemeinde finanziell stärker. Man könne nicht einmal die Fahne so hissen und in diesem Falle wieder schwenken. Die CDU-Fraktion sei deshalb für eine Übernahme der Trägerschaft durch die Verbandsgemeinde.

Ratsmitglied Heinz Stauder (FWG) schloß sich den Ausführungen der CDU an und betonte, die Verbandsgemeinde sei eine Gemeinschaft. Deshalb könne nicht jede Gemeinde ihr eigenes Süppchen kochen. Bodenheim habe mit dem Sitz der Verwaltung jeden Vorteil; die FWG sei für eine Übernahme der Schule.

Fritz Schultz (FDP) hob hervor, die Kannvorschrift des Kultusministeriums lasse die Trägerschaft der Gemeinde zu. Die Welt gehe nicht unter, wenn man nun so oder so entscheide. Man solle den Willen des Elternbeirates akzeptieren. Der Rat sei falsch beraten, wenn er diese Sache „in den Wind" schlage. Die FDP stimme deshalb dafür, die Trägerschaft der Grundschule bei der Gemeinde Bodenheim zu belassen.

Ratsmitglied Dr. Hanna Laurien (CDU) führte aus, die Schule bleibe so oder so in Bodenheim. In diesem Falle entfalle auch die Kannbestimmung des Ministeriums. Es sei die Aufgabe des Rats, gleiche Bedingungen für jede Schule zu schaffen und nicht, wie hier vorgesehen, eine aus dem Verband herauszunehmen.

Ortsbürgermeister Kasper (Bodenheim) meinte, bisher sei alles gut gelaufen. Es sei eine politische Entscheidung. Allerdings passe sie nicht der CDU ins Konzept. Für ihn gelte das Wort des Kultusministers, der eine solche Regelung zulasse.

Beigeordneter Sans (Nackenheim) führte aus, man könne sich darüber freuen, daß alles so demokratisch behandelt werde. Man könne sich allerdings nicht freuen, wenn man versuche, eine sogenannte Kirchtumspolitik zu betreiben. Man müsse auch die finanzielle Seite sehen. Der Gemeinnutz solle hier vor dem Eigennutz stehen. Bei sechzehn Ja- und zehn Neinstimmen lehnten die Vertreter des Rates den Antrag der Gemeinde Bodenheim auf Beibehaltung der Trägerschaft der Grundschule ab.